



LANDKREIS ROTENBURG (WÜMME)
DER LANDRAT

Niederschrift
- öffentlicher Teil -

über die
7. öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses
am 11.03.2009
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Helmut Ringe	
Abg. Rüdiger Bruns	
Abg. Heinz-Günter Bargfrede	Vertretung für Abgeordneten Henri Blanken
Abg.e Angela van Beek	
Abg. Reinhard Bussenius	Vertretung für Abgeordneten Lühr Klee
Abg. Hans-Hermann Engelken	
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde	Vertretung für Abgeordneten Hartmut Leefers
Abg. Reinhard Frick	Vertretung für Abgeordneten Reinhard Trau
Abg. Dr. Peter Fröhlich	Vertretung für Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen
Abg.e Barbara Frömming	Vertretung für Abgeordneten Ralf Borngräber
Abg. Karl-Hans Keller	
Abg. Klaus Mangels	
Abg. Bernd Petersen	Vertretung für Abgeordneten Detlef Steppat

Interessenvertreter

Frau Friedegund Müller	
Herr Rainer Christmann	
Herr Heinz Bruns	
Frau Frauke Fröhlich	ab 14.20 Uhr
Frau Sara Ena Hecheltjen	
Herr Niels Kruse	

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Marianne Schmidt

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KAR Horst Wilshusen
KA Hainer Schmökel

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 - 2 Feststellung der Tagesordnung
 - 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Schulausschusses am 27.11.2008
 - 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
 - 5 Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)
 - 5.1 - Einführung zusätzlicher Gesamtschulangebote
Vorlage: 2006-11/0658
 - 5.2 - Antrag der Samtgemeinde Sittensen auf Einführung einer KGS
Vorlage: 2006-11/0659
 - 6 Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten am Schulstandort Gerberstraße in Rotenburg
Vorlage: 2006-11/0660
 - 7 Konjunkturpaket II - Maßnahmen für Schulen in der Trägerschaft des Landkreises
Vorlage: 2006-11/0661
 - 8 Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.12.2008 zur Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 2006-11/0662
 - 9 Anfragen
-

I. Anhörung zum Thema

„Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)“

- im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Rotenburg in der Zeit von 9.00 Uhr bis 13.15 Uhr

Zunächst informiert Herr Ulrich Dettling von der Landesschulbehörde Lüneburg über die aktuellen Rahmenbedingungen für die Errichtung von Gesamtschulen sowie die aktuellen Möglichkeiten einer weitergehenden Kooperation von Haupt- und Realschulen.

Nach kurzer Diskussion schließen sich Vorträge der folgenden Referenten zum Themenkreis Gesamtschule / dreigliedriges Schulsystem an:

- Herr Bernd Francken, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen
- Frau Gitta Franke-Zöllmer, Verband Bildung und Erziehung Niedersachsen
- Herr Manfred Franke, Philologenverband Niedersachsen
- Herr Heiner Müller, Schulleiter Realschule Rotenburg
- Herr Karl-Heinz Bartels, Schulleiter Gymnasium Bremervörde
- Herr Herbert Kastner, Ministerialrat a.D.
- Herr Richard Wilmers, Stadthagen
- Herr Prof. Dr. Matthias von Saldern, Lüneburg
- Herr Bernd Siegel, Oldenburg, Mitglied im Landeselternrat

Die Vorträge bzw. Vortragskonzepte der Referenten sind dem Protokoll - soweit verfügbar - zur weiteren Information beigefügt.

II. Sitzung des Schulausschusses

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Ringe eröffnet die Sitzung um 13.55 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Änderungswünsche oder -notwendigkeiten zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Schulausschusses am 27.11.2008**

Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 6

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Erster Kreisrat Dr. Lühring teilt mit, die nächste Sitzung des Schulausschusses sei auf den 28.05.2009 verlegt worden, da der Zeitrahmen für die Erarbeitung eines kreisweiten Konzepts zur Weiterentwicklung der Schulstruktur einschließlich der notwendigen Abstimmungen mit den Kommunen sehr knapp bemessen sei. Darüber hinaus sei der 09.09.2009 vorsorglich als weiterer Sitzungstermin vorgesehen, sofern eine Beratung des Schulausschusses im Rahmen der Vorbereitung einer Antragstellung auf Errichtung von Gesamtschulen notwendig werden sollte.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)**

Punkt 5.1 der Tagesordnung: **- Einführung zusätzlicher Gesamtschulangebote
Vorlage: 2006-11/0658**

Vorsitzender Ringe unterbricht die Sitzung, um den anwesenden Vertreter(inne)n der Samt- und Einheitsgemeinden Gelegenheit zu geben, zur Thematik der Neueinführung von Gesamtschulangeboten Stellung zu nehmen.

Bürgermeisterin Dittmer-Scheele (Scheeßel) sowie die Samtgemeindebürgermeister Niestädt (Fintel) und Kück (Geestequelle) sprechen sich dafür aus, vor einer Entscheidung über die Einrichtung neuer Gesamtschulangebote die Kommunen anzuhören, da die Schaffung neuer Schulangebote immer auch Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Schulen in den benachbarten Gemeinden hätten. Samtgemeindebürgermeister Kück gibt weiterhin die Absicht der Samtgemeinde kund, die dortige Haupt- und Realschule zukünftig in integrativer Form führen zu wollen.

Herr Miesner (allgem. Vertreter des Samtgemeindebürgermeisters in Sittensen) plädiert dafür, den Antrag für die Errichtung einer KGS in Sittensen bereits jetzt auf den Weg zu bringen, da alle Vorarbeiten dort geleistet seien und die verbleibende Zeit bis zum Beginn des neuen Schuljahres knapp bemessen sei.

*Samtgemeindebürgermeister Woltmann (Bothel) verweist darauf, dass sich die aktuell vom Landesgesetzgeber geforderten Zügigkeiten für die Errichtung neuer Gesamtschulen in keiner Gemeinde erreichen ließen, so dass eine gemeindeübergreifende Elternbefragung notwendig sei. Bezüglich der Standortfrage weist er darauf hin, dass in der Samtgemeinde Bothel die Lehrerschaft, die Elternschaft und die Politik hinter der Errichtung einer IGS und der Übernahme der Schulträgerschaft stehe. Für die Gemeinde Gnarrenburg plädiert **Abg. Dr. Fröhlich** dafür, als Standorte für die angedachten neuen Gesamtschulangebote grundsätzlich die Fläche und nicht die Mittelzentren vorzusehen. Die derzeit noch laufende Auszählung der Elternbefragung in Gnarrenburg deute auch dort auf eine sehr hohe Zustimmung hin.*

Erster Kreisrat Dr. Lühring verweist darauf, dass bislang nur die Samtgemeinden Sittensen und Bothel sowie die Gemeinde Gnarrenburg dem Landkreis gegenüber angezeigt hätten, dass man sich für die Errichtung einer Gesamtschule am Standort der bisherigen Haupt- und Realschulen ausspreche. Darüber hinaus beschäftigten sich aber inzwischen auch weitere Gemeinden mit diesem Thema. Der Landkreis müsse nunmehr zunächst grundsätzlich darüber befinden, ob man neue Gesamtschulangebote einrichten wolle. Sofern dieses grundsätzlich befürwortet werde, müsse dann eine strukturelle Planung folgen. Hauptproblem hierbei sei die Frage der Standorte für die neuen Gesamtschulen. Hierbei sei eine Abstimmung zwischen dem Landkreis und den Samt- und Einheitsgemeinden erforderlich. Als erster Termin für die weitere Abstimmung sei bereits der 24.03.2009 vorgesehen.

Abg. Bruns erklärt, die Ergebnisse der bisher durchgeführten Elternbefragungen deuteten auf den starken Wunsch nach Einführung einer IGS / KGS vor Ort hin. Nach der Ausdünnung, die an vielen Haupt- und Realschulstandorten infolge der erhöhten Gymnasialquote zu verzeichnen sei, suche man nach Wegen, die Schule vor Ort zu erhalten. Wichtig sei nun zunächst einmal, von sämtlichen gemeindlichen Schulträgern ein Statement zu den dort in Bezug auf die Schulen im Sekundarbereich I verfolgten weiteren Planungen und Zielen einzuholen. Im übrigen sollte sich der Landkreis beim Land Niedersachsen für eine Absenkung der nicht nachvollziehbar hohen Hürden für die Errichtung neuer Gesamtschulen einsetzen.

Abg. Bussenius verweist darauf, dass die allgemeine demographische Entwicklung zwangsläufig Veränderungen in der Schullandschaft mit sich bringen werde. Das Beispiel Gnarrenburg / Geestequelle zeige, dass es hierbei zu einer Konkurrenz zwischen den Interessen benachbarter Schulträger kommen könne. Er spricht sich dafür aus, ggf. auch dann Anträge auf Errichtung neuer Gesamtschulen zu stellen, wenn die derzeitigen Vorgaben des Landes in Bezug auf langfristige Jahrgangsstärken nicht erfüllt sind. Er gibt weiter zu bedenken, dass die Einführung einer KGS in der Fläche auch in Bezug auf die Raumnot an den Gymnasien in den Mittelzentren positive Effekte haben könnte.

Abg. Frick sieht die Frage der Standorterhaltung als wesentlichen Antrieb der derzeit laufenden Bemühungen um die Einführung neuer Gesamtschulangebote. Er äußert hierbei Verständnis für die Sorge der Nachbargemeinden, da die bestehenden Beispiele zeigten, dass Gesamtschulangebote regelmäßig auch von Eltern aus benachbarten Bereichen gewählt würden. So besuchten z.B. Schüler aus dem Bereich Sottrum die KGS in Tarmstedt oder Schüler aus der Gemeinde Fintel die benachbarte KGS in Schneverdingen. Der Landkreis müsse sich nunmehr zunächst über die kreisweite Struktur klar werden. Grundsätzlich sei die Einführung einer Gesamtschule an dem einen oder anderen Standort durchaus vorstellbar; es müsse allerdings vor einer Antragstellung abgewogen werden, welche Auswirkungen die Schaffung dieses neuen Schulangebotes haben könnte. Eine gemeindeübergreifende Elternbefragung sollte auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden. Zum Schuljahr 2009/10 mache eine Antragstellung aufgrund der zu knapp bemessenen Zeit ohnehin keinen Sinn. Daher könne sich der Schulausschuss ohne Weiteres in seiner nächsten Sitzung mit der kreisweiten Planung zum Schuljahr 2010/11 befassen.

Abg. Dr. Fröhlich begrüßt grundsätzlich die durch eine Errichtung weiterer Gesamtschulen entstehende größere Vielfalt schulischer Angebote im Landkreis. Er hebt hierbei das enorme Engagement der Kommunen hervor. Probleme in der Beschulung vor Ort ergäben sich nicht nur durch zurückgehende Schülerzahlen sondern darüber hinaus auch aufgrund der infolge Veränderungen der Familienstrukturen ansteigenden Zahl von Schülern, die besonderer Aufmerksamkeit bedürften. Er halte hier eine Beschulung vor Ort sowie feste Klassenverbände für hilfreich. Es sollte nunmehr noch einmal sämtlichen Kommunen die Möglichkeit eingeräumt werden, sich Gedanken über die künftige Entwicklung der Schulen in ihrem Bereich zu machen und hierzu Stellung zu nehmen.

Abg. Bargfrede spricht zunächst einen Dank an die Verwaltung aus für die Organisation der Expertenanhörung im Vorlauf zur Sitzung. Die Vorträge der verschiedenen Referenten seien informativ und ausgewogen gewesen. Seiner Auffassung nach könne so verfahren werden, wie vorgeschlagen und in der Sitzung im Mai über die Frage der kreisweiten Änderungen in der Schulstruktur beraten werden.

Abg. Keller merkt an, dass es im Rahmen der nunmehr anzustellenden Überlegungen einzig darum gehen könne, das bestmögliche Angebot für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen bzw. zu erhalten. Kirchturmdenken müsse hierbei überwunden werden. Wichtig sei die Absprache unter den Gemeinden. **Abg. Bruns** und **Abg. Frömming** geben zu bedenken, die Zeit bis zur nächsten Sitzung des Schulausschusses sei recht knapp bemessen, da auch den Gemeinden, in denen man sich mit dieser Thematik bislang noch nicht konkreter auseinandergesetzt habe, Gelegenheit zur Erforschung des Elternwillens vor Ort und zu einer Beratung in den politischen Gremien gegeben werden müsse.

Erster Kreisrat Dr. Lühring weist darauf hin, dass ein weiteres zeitliches Hinausschieben der Beratungen zur Folge hätte, dass eine Errichtung neuer Gesamtschulen zum Schuljahr 2010/11 gefährdet würde. Die Landesschulbehörde habe erklärt, für die Errichtung einer neuen Gesamtschule zum Schuljahresbeginn 2010/11 müsste ein etwaiger Antrag schon im Herbst 2009 eingereicht werden. Auch eine gemeindeübergreifende Elternbefragung und deren Auswertung werde einige Zeit in Anspruch nehmen. Zum Abstimmungstermin mit den Bürgermeister(inne)n am 24.03.2009 erwarte man nicht von sämtlichen Vertretern abschließende Stellungnahmen. Ggf. könnten diese bis Anfang Mai nachgereicht werden, um für die Beratung im Schulausschuss am 28.05.2009 mit berücksichtigt zu werden.

Auf Anregung des **Abg. Bruns** wird der Beschlussvorschlag einvernehmlich ergänzt um den Halbsatz: „unter Beteiligung der kreisangehörigen Samt- und Einheitsgemeinden“.

Weiterhin besteht Einvernehmen darüber, über die vom **Abg. Bruns** angeregte Resolution des Landkreises an das Land Niedersachsen, gerichtet auf eine Absenkung der derzeit für die Errichtung von Gesamtschulen geforderten langfristigen Jahrgangsstärken bzw. Zügigkeiten, im Rahmen der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu beraten.

Beschluss:

Die Einrichtung zusätzlicher Gesamtschulangebote im Landkreis Rotenburg (Wümme) soll ermöglicht werden, soweit sich aufgrund des zu ermittelnden Elternwillens ein ausreichender Bedarf hierfür ergibt.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Schulausschusses

- unter Beteiligung der kreisangehörigen Samt- und Einheitsgemeinden ein Konzept für die Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis zu erarbeiten, das mögliche Standorte für die Errichtung neuer Gesamtschulangebote beinhaltet sowie
- eine gemeindeübergreifende, standortbezogene Elternbefragung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 5.2 der Tagesordnung: - **Antrag der Samtgemeinde Sittensen auf Einführung einer KGS (Vorlage: 2006-11/0659)**

Vorsitzender Ringe unterbricht die Sitzung und gibt einer Vertreterin der Elterninitiative KGS Sittensen, Frau Wenner-Harms, die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Frau Wenner-Harms beklagt die hohen Hürden, die man der Samtgemeinde sowie der Elternschaft in den Weg lege sowie die aus ihrer Sicht unnötigen zeitlichen Verzögerungen der Angelegenheit. Sie sei davon ausgegangen, dass nach der erneuten Elternbefragung und dem noch einmal verbesserten Ergebnis nunmehr unverzüglich eine Antragstellung bei der Landesschulbehörde erfolge.

Abg. Petersen äußert sein Unverständnis über die Behandlung des Antrags der Samtgemeinde Sittensen durch den Landkreis und die Landesschulbehörde. Nachdem zunächst die Auskunft

erteilt worden sei, die im Rahmen der Elternbefragung ermittelten Zahlen seien nicht ausreichend, werde jetzt, nachdem man im Rahmen einer erneuten Befragung deutlich bessere Zahlen präsentiert habe, von der Notwendigkeit einer kreisweiten Befragung gesprochen. Auch wenn er sich mit der unter Tagesordnungspunkt 5.1 vorgeschlagenen Verfahrensweise grundsätzlich einverstanden erklären könne, schlage er gleichwohl vor, die Antragstellung auf Errichtung einer KGS in Sittensen vorzuziehen und der Landesschulbehörde bereits jetzt vorzulegen.

Herr Dettling weist auf die formellen Antragsvoraussetzungen hin. Einen Antrag auf Errichtung einer KGS könne nur der Landkreis als Schulträger stellen. Voraussetzung hierfür sei zunächst einmal, dass entsprechende Beschlüsse der Kreistagsgremien vorliegen. Bisher sei lediglich eine Voranfrage an die Landesschulbehörde gerichtet worden, auf die der Landkreis eine Auskunft erhalten habe. In jedem Fall sei eine Antragstellung bereits zum Schuljahr 2009/10 absolut unrealistisch, da die Zeit für die notwendigen Vorarbeiten einfach nicht ausreiche. Bezüglich der nunmehr angestrebten gemeindeübergreifenden Elternbefragungen merkt **Herr Dettling** an, es müsse im Rahmen dieser Befragungen erkennbar sein, welcher konkrete Schulstandort für die Errichtung einer Gesamtschule vorgesehen sei. Denkbar sei hierbei auch eine alternative Abfrage verschiedener Standorte.

Im Hinblick auf die Vorwürfe, der Landkreis habe nicht zeitnah auf die Initiative der Samtgemeinde Sittensen zur Einführung einer KGS reagiert, verweist **Erster Kreisrat Dr. Lühring** auf den bisherigen Ablauf der Angelegenheit. Im September 2008 habe die Samtgemeinde Sittensen den Landkreis darüber in Kenntnis gesetzt, dass man die Errichtung einer KGS in Sittensen anstrebe. Die hierfür zunächst erforderliche Feststellung eines Bedürfnisses wollte die Samtgemeinde in ihrem Zuständigkeitsbereich durchführen. Nach Beratung im Schulausschuss am 24.09.2008 habe der Kreisausschuss am 25.09.2008 der Durchführung einer Elternbefragung durch die Samtgemeinde zugestimmt. Die Samtgemeinde habe dann im Dezember die Ergebnisse der Elternbefragung mitgeteilt und um eine Antragstellung des Landkreises bei der Landesschulbehörde gebeten. Eine unverzügliche Antragstellung sei nicht möglich gewesen, da hierfür zunächst eine Beratung und Beschlussfassung der Kreistagsgremien erforderlich gewesen wäre. Gleichwohl habe man den Antrag der Samtgemeinde unverzüglich im Rahmen einer Voranfrage an die Landesschulbehörde weitergegeben, die hierauf Anfang Januar mitgeteilt habe, dass ein Antrag auf Errichtung einer KGS in Sittensen sowohl nach den Ergebnissen der Elternbefragung als auch im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Jahrgangsstärken im Bereich der Samtgemeinde keine Aussicht auf Erfolg habe und im übrigen der zeitliche Vorlauf zum Schuljahr 2009/10 ohnehin nicht ausreiche. Wenngleich also die Elternbefragung eine hohe Zustimmung ergeben habe, sei damit deutlich geworden, dass die Jahrgangsstärken allein aus dem Bereich der Samtgemeinde Sittensen bei den derzeit bestehenden Vorgaben für die Errichtung einer KGS nicht ausreichen. Es habe sich damit insofern eine neue Situation ergeben, als eine gemeindeübergreifende Planung notwendig geworden sei.

Abg. Bussenius plädiert dafür, angesichts der deutlichen Zustimmung der Elternschaft aus dem Bereich der Samtgemeinde nunmehr kurzfristig bei der Landesschulbehörde den Antrag auf Errichtung einer KGS bereits zum Schuljahr 2009/10 zu stellen. Die verbleibende Zeit sei zwar knapp bemessen, es seien allerdings sowohl bei der Samtgemeinde als auch bei der Haupt- und Realschule bereits einige Vorarbeiten geleistet worden.

Auf Nachfrage des **Abg. Bargfrede**, ob das Ergebnis der zweiten Elternbefragung vom Grunde her eine Genehmigung der Landesschulbehörde erwarten lasse, erklärt **Erster Kreisrat Dr. Lühring**, angesichts der langfristig rückläufigen Jahrgangsstärken im Einzugsbereich der Samtgemeinde Sittensen sei eine Genehmigung auch mit der nunmehr vorgelegten erhöhten Zustimmungquote im Grunde nicht zu erwarten; dies könne aber nur die Landesschulbehörde feststellen.

Nach kurzer weiterer Aussprache wird der Beschlussvorschlag einvernehmlich dahingehend abgeändert, dass der einleitende Satz - „Unter der Voraussetzung, dass ... erwarten lassen“ - gestrichen wird.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantragt - entsprechend dem Antrag der Samtgemeinde Sittensen vom 10.12.2008 - bei der Landesschulbehörde

- die Feststellung des Bedürfnisses auf Errichtung einer Gesamtschule in Sittensen sowie
- die Errichtung einer Gesamtschule in Sittensen zum Schuljahr 2009/10.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 1

Punkt 6 der Tagesordnung: **Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten am Schulstandort Gerberstraße in Rotenburg**
Vorlage: 2006-11/0660

Unter Hinweis auf die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Schülerzahlen am Ratsgymnasium in Rotenburg erklärt **Erster Kreisrat Dr. Lühring**, der größte Bedarf an Sportübungseinheiten bestehe im laufenden und in den beiden folgenden Schuljahren bis zum Wegfall des 13. Jahrgangs. Sofern man jetzt die vorhandene Halle abreißen und eine neue Halle bauen würde, stünden zu Zeiten des größten Bedarfs nur eingeschränkte Hallenzeiten zur Verfügung. Aus der Belegungsübersicht sei ersichtlich, dass das Ratsgymnasium regelmäßig die 3 Sportübungseinheiten in der Sporthalle an der Pestalozzischule nur mit maximal 2 Sportkursen gleichzeitig nutze. Im Rahmen eines Ortstermins in der Halle, an dem er zusammen mit dem Landrat und den Schulleitungen der Pestalozzischule und des Ratsgymnasiums teilgenommen habe, habe sich gezeigt, dass auch eine parallele Nutzung aller 3 Hallendrittel keine Probleme bereitet. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** ergänzt, auch wenn die Sporthalle der Pestalozzischule auf dem Gelände dieser Schule stehe und das Hausrecht in der Halle damit von der dortigen Schulleitung wahrgenommen würde, zeige die Übersicht über die Hallennutzung deutlich, dass es sich gleichwohl faktisch um eine Sporthalle in der Hauptnutzung des Ratsgymnasiums handele.

Abg. Bussenius vertritt die Auffassung, die Sporthalle am Ratsgymnasium sei aufgrund zu geringer Größe im Grunde nicht vollwertig nutzbar. Es stelle sich hier die Frage, ob es einen Sinn mache, diese zu kleine Halle zu sanieren.

Abg. Bargfrede erklärt, ein Bedarf für die Schaffung zusätzlicher Hallenkapazitäten sei aus der detaillierten Gegenüberstellung von Bedarf und vorhandenen Kapazitäten nicht ersichtlich. Die Sanierung der Sporthalle am Ratsgymnasium in zwei Bauabschnitten mit einem Volumen von 190.000 € und 490.000 € sei sinnvoll, da hiermit eine umfassende energetische Sanierung sowie eine Erneuerung der Hallenausstattung verbunden sei. Den Bau einer zusätzlichen Halle halte er dagegen nicht für notwendig.

Herr Kruse fragt an, ob die nunmehr geplante Sanierung der Halle am Ratsgymnasium während des Schulbetriebs durchgeführt werden müsse. **KAR Wilshusen** erklärt hierzu, dass man davon ausgehe, die Arbeiten in den Oster- und Sommerferien durchzuführen. Zur Frage der gleichzeitigen Nutzung aller Hallendrittel der Sporthalle an der Pestalozzischule ergänzt **Herr Kruse**, dass es die Stundenplanung nicht immer ermöglichen können, jeden vorhandenen Freiraum in der Hallenbelegung zu nutzen. Die klassischen Mannschaftssportarten kämen unter den derzeitigen Bedingungen oft zu kurz.

Abg. Frick berichtet über seine Erfahrungen aus der Zeit als Leiter der Haupt- und Realschule in Scheeßel. Dort habe man gemeinsam mit der Eichenschule eine 3-Feld-Sporthalle genutzt. Es handele sich hierbei um 3 vollwertige Turnhallen, ausgestattet mit Umkleidemöglichkeiten und Geräteräumen. Eine Störung durch benachbarte Sportgruppen sei daher regelmäßig nicht festzustellen gewesen. Die Halle an der Pestalozzischule sei eine erstklassig ausgestattete 3-Feld-Halle. Was die Sanierungsarbeiten an der Halle am Ratsgymnasium betrifft, gibt **Abg. Frick** zu bedenken, dass man hier neben den Ferienzeiten ggf. auch die Zeit ab Mai nutzen könnte, unter Verlegung des Sportunterrichts in den Außenbereich.

Abg. Bruns gibt zu bedenken, dass sich infolge des enormen Schülerzuwachses am Ratsgymnasium in den letzten Jahren nicht nur die allgemeinen Unterrichtsräume sondern auch die Kapazitäten im Fachbereich Sport betreffend die Situation sicher sehr viel beengter geworden sei, da der erhöhten Schülerzahl keine Erhöhung der Zahl vorhandener Sportübungseinheiten gegenüberstehe. Vor dem Hintergrund wieder sinkender Schülerzahlen sei gleichwohl der Bau einer neuen Sporthalle nicht zu rechtfertigen.

Abg. Keller nimmt Bezug auf ein Gespräch zwischen Eltern- und Schülervorteiler(inne)n des Ratsgymnasiums beim Landrat am 09.03.2009, über das in der Presse berichtet worden sei. Dem Pressebericht nach hätten sich die Eltern- und Schülervorteiler mit den vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen einverstanden erklärt. Er fragt an, ob diese Darstellung so zutreffend sei. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** erklärt hierzu, Eltern und Schüler hätten die vorgesehenen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen begrüßt. Auch wenn man sich sicher gleichwohl weiterhin den Bau einer neuen, größeren Sporthalle am Ratsgymnasium wünsche, sei in der Erörterung der vorliegenden Untersuchungsergebnisse zur Frage der benötigten Hallenkapazitäten gleichwohl auch Verständnis für die Haltung des Landkreises signalisiert worden.

Beschluss:

Es besteht keine Notwendigkeit für den Neubau einer Sporthalle am Schulstandort Gerberstraße.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: Konjunkturpaket II - Maßnahmen für Schulen in der Trägerschaft des Landkreises (Vorlage: 2006-11/0661)

Erster Kreisrat Dr. Lühring erklärt, derzeit stünden die konkreten Förderbedingungen im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpakets II noch nicht fest. Die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen seien voraussichtlich förderungsfähig und es mache Sinn, diese nachhaltigen Maßnahmen mit höherer Priorität zu versehen. Soweit es noch zu einer derzeit diskutierten Grundgesetzänderung komme, seien weitere Maßnahmen vorstellbar. Hier käme der Bau einer Mensa am Schulstandort Bremervörde-Engeo (gemeinsam mit der Stadt Bremervörde) sowie der Bau einer Mensa an den Berufsbildenden Schulen in Zeven, verbunden mit dem Ausbau des St.-Viti-Gymnasiums zur Ganztagschule in Betracht. Für den Schulstandort Gerberstraße in Rotenburg berichtet **Erster Kreisrat Dr. Lühring** in diesem Zusammenhang, dass nach den Osterferien eine Testphase starte, in der zunächst einer begrenzten Zahl von Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werde, in der Mensa der Theodor-Heuss-Schule ein Mittagessen einzunehmen.

Als weitere Maßnahmen seien ferner die Ausstattung der Schulen in der Trägerschaft des Landkreises mit neuen Medien wie z.B. aktiven Tafeln oder Beamern sowie die Sanierung bzw. Erweiterung von Fachraumkapazitäten in Planung. In jedem Fall werde der Schwerpunkt der Maßnahmen im Bereich Schule liegen. Landesweit sei hier eine Quote von 65 % vorgesehen, im Landkreis Rotenburg (Wümme) könnte diese u.U. aber sogar noch höher ausfallen.

Frau Müller fragt an, inwieweit Umbaumaßnahmen zur Schaffung barrierefreier Zugänge zu den Schulen geplant seien. **KAR Wilshusen** erklärt hierzu, man habe in den Schulen in der Trägerschaft des Kreises inzwischen weitestgehend eine Barrierefreiheit erreicht. Wenn sich im Einzelfall gleichwohl Probleme ergäben, bemühe man sich regelmäßig um kurzfristige, bedarfsgerechte Lösungen.

Abg. Bargfrede begrüßt die Maßnahmen als wertvolle Unterstützung der Handwerksbetriebe vor Ort.

Abg. Bussenius fragt an, inwieweit die Sanierung der Außenhülle des Gymnasiums und der BBS Bremervörde in Planung sei. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** erklärt hierzu, intern liefen weiterhin auch Planungen für diese Maßnahme. Die in der Sitzungsvorlage zusammengestellten Sanierungsmaßnahmen seien nach Dringlichkeit ausgewählt worden.

Frau Schmidt fragt an ob auch Investitionen im Bereich der Lehrküchen vorgesehen seien. **KAR Wilshusen** erklärt hierzu, alle Lehrküchen verfügten dank verschiedener Modernisierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren derzeit über einen durchweg guten bis sehr guten Ausstattungsstandard. Aktuell sein daher in diesem Bereich keine Investitionen geplant.

Beschluss:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II werden folgende Baumaßnahmen beantragt:

1. Energetische Sanierung der Schule am Mahlersberg, Bremervörde
2. Energetische Sanierung der Berufsbildenden Schulen Rotenburg
3. Sanierung der Sporthalle am Ratsgymnasium (2. Bauabschnitt)
4. Sanierung der Sporthalle an den Berufsbildenden Schulen Zeven
5. Sanierung der Sporthalle an der Schule am Mahlersberg, Bremervörde

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.12.2008 zur Schulentwicklungsplanung**
Vorlage: 2006-11/0662

Zum Antrag seiner Kreistagsfraktion erklärt **Abg. Bussenius**, eine Schulentwicklungsplanung sei angesichts des allgemeinen Rückgangs der Schülerzahlen auf der einen Seite und der aktuellen Engpässe an den Gymnasien auf der anderen Seite notwendig. Im Hinblick auf die Raumnot am Gymnasium Bremervörde betont er darüber hinaus die Notwendigkeit, schulträgerübergreifende Gespräche mit der Stadt Bremervörde zu führen.

Erster Kreisrat Dr. Lühring führt zu Nr. 1. des Antrags aus, die Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Schulentwicklungsplanes sei ohnehin gesetzlich vorgesehen. Hierzu bedürfe es daher keiner Antragstellung. Es erscheine allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, den Schulentwicklungsplan für den Landkreis Rotenburg (Wümme) fortzuschreiben, da im Moment zunächst einmal eine Entscheidung über die grundsätzliche Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme) - und in diesem Zusammenhang über mögliche Standorte neuer Gesamtschulen - zu treffen sei.

Zu Nr. 2. verweist er auf die an den verschiedenen Schulstandorten bereits laufende Zusammenarbeit zwischen Landkreis und gemeindlichen Schulträgern. Auch mit der Stadt Bremervörde sei man intensiv im Gespräch, was man u.a. an der Nutzung von Schulräumlichkeiten der Realschule durch das Gymnasium Bremervörde sowie an der Idee eines gemeinsamen Mensaprojekts für den Schulstandort Bremervörde erkennen könne. Auch an anderen Schulstandorten im Landkreis sei man regelmäßig im Gespräch mit den gemeindlichen Schulträgern. Diese Gespräche gehörten im übrigen zum Geschäft der laufenden Verwaltung, so dass eine Beschlussfassung hierüber nach der Niedersächsischen Landkreisordnung nicht vorgesehen sei.

Nach kurzer weiterer Beratung zieht **Abg. Bussenius** den Antrag zu 1. zurück. Sodann stimmt der Ausschuss über Nr. 2. des Antrags wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 16
Enthaltung: 2

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Auf Nachfrage von **Frau Müller**, ob bereits ein neuer Termin für die nächste Besprechung der Arbeitsgruppe Förderbedarf GE feststehe, erklärt **Vorsitzender Ringe**, man habe im Hinblick auf die kurzfristig notwendig gewordenen Beratungen in Sachen Errichtung neuer Gesamtschulangebote und Umsetzung des Konjunkturpakets II noch keinen Termin für die nächste Zusammenkunft gefunden. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** ergänzt, man strebe nunmehr eine Beratung vor der nächsten Sitzung des Schulausschusses an.

Erster Kreisrat Dr. Lühring informiert in diesem Zusammenhang darüber, dass die Helga-Leinung-Schule (Tagesbildungsstätte der Lebenshilfe Bremervörde / Zeven) zwischenzeitlich die Umwandlung zu einer Förderschule in freier Trägerschaft angekündigt habe.

Vorsitzender Ringe schließt die Sitzung um 16.10 Uhr.

(Ringe)
Vorsitzender

(Dr. Lühring)
Erster Kreisrat

(Schmökel)
Protokollführer